

Laibacher Zeitung.

Nr. 280.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 fr. Mit der Post ganzj. fl. 16, halbj. fl. 7.50

Donnerstag, 5. Dezember

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 3mal 60 fr., 2mal 80 fr., 1mal 1 fl. 50 fr. pro Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1872.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben auf Grund eines vom Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern erstatteten allerunterthänigsten Vortrages mit Allerhöchster Entschliessung vom 26. November d. J. die unbefoldeten Gesandtschaftsattachés Alois Fürsten Rechtenstein, Dr. Franz Schiefl, Karl Freiherrn von Walterskirchen und Arthur Ritter von und zu Eissenstein-Ebotta zu Honorar-Legationssekretären allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien der k. k. priv. Wiener Handelsbank für den Producten- und Warenverkehr die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma: „Triester Handelscompagnie (Compagnia Triestina di Commercio)“ mit dem Sitze in Triest erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat auf Grund der erhaltenen Allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Friedrich Hornbostel und Hugo Noet die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma: „Austro-American-Commercialbank“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Justizminister hat den Gerichtsadjuncten des Landesgerichtes in Triest Joseph Karl Ritter v. Wolff zum Rathsecretär bei demselben Landesgerichte ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Vom Tage.

Die wiener Blätter ersten Ranges constatieren in unzweideutiger Weise, daß das österreichische Cabinet bei der bevorstehenden Reichsraths-Session mit voller Freiheit in Action treten kann.

Die „Montags-Revue“ schreibt: „Wenn das Ministerium das volle Gewicht seines Vorschlages auf das Prinzip der directen Wahl für sich gelegt, wenn es vermieden hat, die Frage zu complicieren, so wird die Verfassungspartei kaum einen Tadel darüber aussprechen dürfen. Es wäre ebenso unklug als bedenklich gewesen, das Ganze durch Details zu überlasten und die Entscheidung über die Hauptsache durch Entscheidungen über Nebensächlichkeiten zu gefährden. Vermisst man in diesem Bescheiden, dieser Selbstbeschränkung des Ministeriums die Existenz großer, schöpferischer Ideen,

so wird die Regierung wohl mit einigem Rechte entgegen dürfen, daß es ihr weit wichtiger war, nach bestem Wissen und Gewissen die Vorbedingung einer gesunden und kräftigen Staatsentwicklung festzustellen, als die Reihe der großen gouvernementalen Experimente zu vermehren, welche die österreichische Verfassung fast in ein einziges Versuchsfeld zur Erprobung des Werthes oder Unwerthes staatsrechtlicher und staatspolitischer Theorien verwandelt haben. Gleiches Bescheiden, gleiche Selbsterhaltung scheint denn die Regierung auch von der Reichsvertretung zu erwarten. Wir glauben beständigen zu können, daß das Ministerium außer der Wahlreform keine Vorlage von prinzipieller Bedeutung vor den Reichsrath bringen wird. Es kann nicht wünschen, daß die Thätigkeit des Hauses getheilt, daß künstliche Differenzpunkte in dasselbe gebracht werden.“ „Behauptet die Wahlreform wirklich die Bedeutung für Oesterreich, welche ihr die öffentliche Meinung zuerkannt hat, so wird letztere wohl auch den Anspruch darauf erheben dürfen, daß dem direct gewählten Parlaamente die staatliche Arbeit vorbehalten werde, die unzulässig noch zu vollziehen ist. Nur das Nebeneinander in der Lösung der schwebenden Fragen ist augenblicklich berechtigt, nicht das Nebeneinander. Weder dem Ministerium noch der Volksvertretung kann zugemuthet werden, zwei Kriege gleichzeitig zu führen und dem Zwiespalt der Meinungen auf staatsrechtlichem Gebiete noch den Zwiespalt in den kirchlichen Fragen hinzuzufügen.“

Die „Presse“ meldet: „daß der Ministerpräsident Fürst Auerperg seine Anwesenheit im böhmischen Landtage benützen dürfte, um die Großgrundbesitzer und auch die hervorragenden Abgeordneten des Landtages von Böhmen überhaupt in die Prinzipien der Wahlreform einzuführen. Das Interesse des Ministeriums ist gewiß richtiger gewahrt, wenn es fähig ist die Parteigenossen mit dem Geiste seiner Vorlagen vertraut macht, als wenn erst in letzter Stunde, etwa gerade am Tage der Wiedereröffnung des Reichsraths, den Abgeordneten einige Informationen zukommen. Die Größe der Aufgabe, deren Durchführung bevorsteht, macht es zur dringlichen Pflicht, mit allen Factoren genaue Rechnung zu pflegen. Ein entscheidender Factor aber liegt in der Verständigung mit den Mitgliedern des Parlaaments zu einer Frist, wo die Ergebnisse eines Meinungsaustausches noch in Würdigung gezogen werden können. Nur eine volle Uebereinstimmung kann in den bevorstehenden, entscheidenden Momenten zum Ziele führen. Die Feinde der Verfassung fühlen die Macht des Schlages, der mit der Wahlreform gegen sie geleitet werden soll; sie sehen die Hand zum entscheidenden Streiche ausstrecken und angesichts ihrer Bedrängnis verdoppeln sie ihre Anstrengungen, dieselbe von sich abzuwehren. Sie führen einen Kampf der Verzweiflung.

Es erhellt dies aus der wahnwitzigen Methode, mit der namentlich von jenseitiger Seite die Pause bis zur Wiedereröffnung des Reichsraths ausgenutzt wird. „Die Wiederaufnahme der Ausgleichs-Action dürfte näher sein, als man zu glauben scheint.“ „Der Erbe Höhenwärts ist in eingeweihten Kreisen bekannt und sein Actionsprogramm hat bereits so gut wie die Allerhöchste Billigung erlangt,“ steht heute im „Vaterland“ zu lesen. Aus diesen Worten spricht nicht blos der helle Wahnsinn, es drückt sich in ihnen auch die Zurüstung zu dem bevorstehenden Kampfe auf Leben und Tod aus, den die Gegner der Raubsinnlichkeit leicht wagen dürfen, da sie wenig mehr verlieren, vieles aber gewinnen können.“

Die „N. Fr. Pr.“ bemerkt: „Die Thatsache, daß das Cabinet Auerperg seine Demission nicht eingereicht hat, sondern im Gegentheil mit gewohnter Ruhe und Thätigkeit die nahende Session des Reichsraths vorbereitet, berechtigt, ja nöthigt zu der Annahme, daß es mit seinen Reformvorlagen an maßgebender Stelle keinen Widerstand gefunden, sondern für dieselben sowohl im Prinzip, als auch bezüglich der Modalitäten der Durchführung die volle, rückhaltlose Genehmigung erhalten. Die Wahlreform ist gesichert, ist vom Monarchen sanctionirt, wird zu den ersten Vorlagen gehören, welche dem Reichsrathe zugehen.“

Das „Frobl.“ bestätigt diese Aufstellung auf Grund eingeholter Informationen und fügt hinzu: „Nachdem der Ministerrath beendigt war, traten die Minister abermals zu einer Conferenz zusammen, um über die Maßregeln zu berathen, welche durch das Ergebnis des Ministerraths speciell bezüglich der Wahlreform nöthig wurden. Es handelt sich um den Wotendenbericht, mit welchem das hochwichtige Verfassungsgezet bei der Vorlage im Abgeordnetenhause eingeleitet werden soll, und um den Modus, wie der Gesetzentwurf vor der Vorlage im Abgeordnetenhause den Fugern der Verfassungspartei zur Kenntnis zu bringen sei. Es wurde in dieser Beziehung beschlossen, den Wahlreformentwurf zunächst einer engeren Conferenz der Führer der Verfassungspartei und sodann dem Verfassungsausschusse des Abgeordnetenhauses mitzutheilen.“

Aus den bisherigen journalistischen Enthüllungen über den Inhalt des Wahlreform-Gesetzentwurfs entnehmen wir, daß der Entwurf das Gruppensystem beibehalte, weshalb wohl auch angenommen werden darf, daß die Vermehrung der Abgeordneten in allen zur Wahl berechtigten Curien, wenngleich vielleicht nicht in gleichem Maße platzgreifen werde. Der Hauptzweck der Wahlreform ist die Sicherung der parlamentarischen Wirksamkeit des Reichsraths, und diesen Zweck durch das neue Wahlgezet zu erreichen, wird die Aufgabe der Verfassungspartei im Reichsrathe sein. Die Verfassungspartei darf umso mehr mit Vertrauen diesen Verhand-

Seniellen.

Ritter Blaubart.

Novelle von Albert Reinhold.

(Fortsetzung.)

„Ach, wie unselig lange dauerte der Winter! Schon war's im April und noch immer lag der Schnee Fuß hoch und die Spazierer suchten vergeblich nach Nahrung. Nicht eine Knappe, nicht ein einziges Blatt hatte sich hervorgewagt, sondern bargen sich schauernd in ihrer Umhüllung.“

Trübselig sah Lenore am Fenster und blickte tagelang in die rastlos wirbelnden Schneeflocken hinaus. Wie hatte sie den Frühling herbeigesehnt und nun war er noch immer nicht gekommen und sie mußte zu Hause sitzen, während es sie doch mit unwiderstehlicher Gewalt hinaus ins Freie zog und sie sich sehnte, endlich einmal die Sonne ihre Macht ausüben zu sehen.

Und endlich kam ein solcher Tag. Am Morgen schon schien die Sonne hell und freundlich in das Gemach, während es mächtig von Bäumen und Dächern tropfte, und schon um die Mittagsstunde sah man kaum noch etwas von der weißen Hülle.

Wenige Tage genügt es, der Natur ein vollständig verändertes Aussehen zu geben. Im Nu machte sich ein grünlücher Schimmer an den Bäumen des Parks bemerkbar, während im Blumengarten die ersten Frühlingssprossen neugierig die Köpfe emporreckten und sich verwundert umschauten. Der Rasen hatte schon unter

der schützenden Schneedecke einigen Wachsthum entwickelt und als der Schnee geschmolzen war, da glänzte er im frischesten, schärfsten Grün.

„Ach, wie wonnig schön war's draußen und mit welcher Sehnsucht erwartete Lenore den Moment, wo die Sonne den Erdboden so weit abgetrocknet hatte, daß sie einmal in's Freie hinauslaufen konnte. Den langen Winter hindurch betrat ihr Fuß nur selten den Garten und Park, einestheils weil das Wetter raub und kalt war, anderentheils, und das war wohl die Hauptsache, weil Lenore eine neue Begegnung mit dem Nachbar fürchtete.“

Die Mauer war jetzt längst verschwunden, aber der chinesische Pavillon hatte im Abbruch keine bedeutenden Fortschritte gemacht, so sehr die Geheimrätin sich auch darüber ärgerte. Sie mußte erst wissen, was ihr Nachbar da draußen beginnen wollte, ehe sie selbst etwas thun konnte, seine Absichten zu vereiteln. Und nun machte er durchaus kein Ende mit der Sache, so sehr sie dasselbe auch herbeisehnte.

Je gleichgültiger und oberflächlicher der Nachbar überdies den alten Familienhaß zu betrachten schien, desto erwitterter wurde die Geheimrätin gegen ihn und seufzend ergab sich Lenore dem Schicksal, wenigstens schweigende Zuhörerin zu sein, wenn die Tante ihrer Galle Lust machte.

Es war ihr peinlich, über den Mann herzlos urtheilen zu hören, obwohl sie selbst heimlich mit Entsetzen daran dachte, daß etwas von all den schrecklichen Dingen, die man ihm nachsagte, wahr sein konnte. Lenore hatte weder den Nachbar, noch die Dame seit jenem Tage wiedergesehen, so oft und soviel sie auch

nach dem Nachbarhause hinüberspähte. Es schien wie ausgestorben und nur des Abends sah man Schatten an den Vorhängen vorbeigleiten. Abends hatte Lenore stundenlang im Dunkeln am Fenster gesessen und jede leiseste Bewegung draußen beobachtet, aber niemals sah sie eine bestimmte Persönlichkeit und am hellen Tage war das Nachbarhaus wie ausgestorben.

Die Gerüchte, die überhaupt über den einsiedlerischen Freiherrn von Werden in Umlauf gesetzt wurden, waren wahrlich nicht geeignet, eine erregte Mädchenphantasie zu beschwichtigen. Daß die Dame, welche man bei ihm gesehen, niemand anders als seine Geliebte sei, darüber war man längst außer allem Zweifel, man wußte auch, daß er sie wie eine Gefangene hielt und dieselbe das Haus nicht verlassen dürfe, mit einem Worte, man sah in dem Freiherrn von Werden einen Menschen, dessen Thun und Treiben niemals an die Öffentlichkeit gelangen dürfte.

Manchmal fühlte Lenore sich wohl berufen, den so schwer Beschuldigten in Schutz zu nehmen. Sie hielt ihn allerdings für einen Mann, dessen Vrgangenheit und wohl auch noch dessen Gegenwart nicht frei von Schuld sei, aber sie ertappte sich oft bei dem Gedanken, ihn in Schutz zu nehmen, und hoffte heimlich, daß nur irgend ein Verhängnis, ohne sein eigenes Zuthun, an ihn herantreten sei.

Nach wenig Tagen war's vollständig Frühling geworden, nichts erinnerte mehr an den harten und strengen Winter, der siegreich überwunden war. Lenore von Rodenhofen genoß mit vollen Zügen den wiedererwachten Lenz, und was der Winter ihr genommen, das suchte sie jetzt nachholen zu wollen.

lungen entgegenstehen, als mit der vollen Durchführung des staatsbildenden Prinzips der directen Wahlen auch die beste Garantie für die freiherrliche Fortentwicklung geschaffen wird. Wenn irgendwo, so gilt in Oesterreich das vielgebrauchte Wort: „Durch Einheit zur Freiheit“. Denn alle Fortschritte im öffentlichen und politischen Leben knüpfen sich in diesem staatlichen Gemeinwesen an die Festigung der Bande, welche die einzelnen Glieder desselben umschlingen. Auf der bevorstehenden Session des Reichsrathes beruht somit die Hoffnung aller Patrioten und Verfassungsfreunde Oesterreichs!

Bur Action der Landtage.

(2. Dezember.)

Niederösterreich. Der Gemeindevorstand lehnte die vom Landesausschusse proponierte zwangsweise Zusammenlegung der Gemeinden ab, während der Statthalter dafür entschieden eintrat und eine Reihe von Argumenten geltend machte. Der Landtag nahm auch den Antrag des Abgeordneten Bauer an, welcher zum Zwecke hat, den Gegenstand in suspenso zu lassen, indem der Landesausschuss angewiesen wird, über seinen eigenen, sowie über die diesbezüglich gestellten Amendements eingehende, durch eine Expertise zu unterstützende Vorschläge zu pflegen und in der nächsten Session abermals Bericht zu erstatten.

Oberösterreich. Der Landtag beschließt in die Zusammenlegung der Gemeinden im Sinne des vom Landesausschusse vorgelegten Gesetzentwurfes demalen nicht einzugehen; es ist auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1868 bloß die imperative Zusammenlegung jener Gemeinden zu verfügen, welche nicht lebensfähig sind.

Salzburg. Die Brand-Assecuranzstatuten werden mit wenigen Abänderungen angenommen und wird beschlossen, das Finanzministerium zu ersuchen, daß bei der Saline Hallein die Steinkohlenfeuerung eingeführt werde.

Böhmen. Hier legte der Commission betreffs der Erklärung der tschechischen Abgeordneten seinen Bericht vor. Derselbe ist sehr kurz und streng geschäftlichen Inhaltes; er citirt die auf die Nichtausübung der Mandatspflicht bezüglichen Paragraphe der Geschäfts- und Landesordnung und betont, daß die politische Seite der Mandats-Nichtausübung der Abgeordneten jener Partei, welche auch heute den Eintritt ins Haus verweigert, der Landtag bereits erledigte. Hierin Bericht citirt hierauf die im Jahre 1868 vom Landtage gefaßten Beschlüsse über die Declaration und sagt, der Standpunkt von damals sei durch die Ereignisse nicht verändert, im Gegentheil das Festhalten an ihm noch dringender geboten. Der Bericht Kliers geht mit offener Absicht auf die neueste Erklärung der Tschechen nicht ein, doch hat sich Klier vorbehalten, mündlich in einer Begründungsrede des Commissionsantrages derselben zu gedenken. Die Angelegenheit der Adresse wird morgen bereits vor das Haus kommen. Ministerpräsident Fürst Auersperg ist anwesend. Aschenbrenner und Genossen beantragen Regelung der Evidenzhaltung des Besitzstandes der einzelnen Grundbuchkörper. Der Commissionsantrag betreffs Reorganisation der Landescorrectionsanstalt wird mit einigen von Dr. Wiener beantragten Modificationen angenommen. Hierauf Berichte über Petitionen.

Mähren. Eine Zuschrift der Statthalterei theilt mit, daß der Landtag am 7. Dezember geschlossen wird. Die Organisation der technischen Hochschule in Brünn wird dem Reichsrathe überlassen, und erscheint der dies-

bezügliche Regierungsgesetzentwurf hieburch erledigt. Ein Antrag wird angenommen, wonach der Wunsch ausgesprochen wird, daß ein Gesetzentwurf betreffend die Zusammenlegung der Grundstücke baldigst zur verfassungsmäßigen Behandlung gelange.

Schlesien. In der gestrigen Landtagssitzung beantwortete der Landespräsident die Interpellation Dr. Müllers in Betreff des Gefangenenhauses dahin, daß das Justizministerium die Nothwendigkeit des Baues allerdings anerkenne, den gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch zur Ausführung des Baues nicht für geeignet halte. Der Dringlichkeitsantrag Dr. Müllers, den Bau des Gefangenenhauses dem Ministerium nachdrücklich zu empfehlen, wird unter Zustimmung des Landespräsidenten einstimmig angenommen und sodann Angelegenheiten localen Interesses verhandelt.

Bukowina. In der gestrigen Abendsitzung stellte Abg. Tomaszuk einen Abänderungsantrag zu den §§ 40 bis 43 des Schulgesetzentwurfes, betreffend die Einhebung der Kosten für Schulwärter durch die politischen Gemeinden, welche vom Schulausschusse acceptiert und angenommen werden. Zu § 51 ergreift Tomaszuk das Wort, um gegen die Bestimmung betreffs eines Jahresbeitrages des gr.-or. Religionsfonds zum Landesfondus zu sprechen. Er bezeichnet die Bestimmung als eine Ueberschreitung der landtäglichen Competenz und im Widerspruch stehend mit dem geltenden Grundsatz über die Trennung der Schule von der Kirche, bedauert, daß die Regelung der Stellung der gr.-or. Kirche im Sinne des Art. 15 der Staatsgrundgesetze nicht erfolgte, negiert das Recht der Regierung, über den Fonds zu verfügen, und unterzieht die Verwaltung des Fonds einer scharfen Kritik. Landespräsident Baron Pino tritt dieser Ausführung mit großer Entschiedenheit entgegen. Er weist die Rechte der Regierung zur Verwaltung und Verfügung an der Hand der Allerhöchsten Entschließung hierüber nach, hebt das wohlthätige Wirken der Regierungsorgane für die Hebung des Fonds hervor und verwahrt die Regierung gegen derartige Angriffe. In ähnlichem Sinne antworten Berichterstatter Wojnarowicz und Abg. Anton Kochanowski. Bei der Abstimmung fällt der Antrag Tomaszuks und wird § 51 so wie die übrigen Paragraphe in der vom Schulausschusse beschlossenen Fassung angenommen. Der Landeshauptmann gibt den Allerhöchsten Dank Ihrer Majestät der Kaiserin für die Kundgebung der loyalen Wünsche des Landtages aus Anlaß des Allerhöchsten Namensfestes bekannt. Der Gesetzentwurf betreffend die Regelung der Rechtsverhältnisse der Volksschullehrer wird in zweiter Lesung ohne Debatte angenommen.

Steiermark. Der Gesetzentwurf, womit der Stadtgemeinde Graz die Aufnahme eines Anlehens von drei Millionen Gulden bewilligt wird, wurde nach langer Debatte angenommen; desgleichen der Gesetzentwurf, womit der Stadtgemeinde Marburg die Einhebung von Zinskreuzern bewilligt wird; dagegen wurde der Gesetzentwurf, womit der Stadtgemeinde Marburg ein Anlehen von einer Million Gulden bewilligt werden soll, an den Finanzausschuss zurückgewiesen.

Italien. Eingebacht wird ein Antrag auf Abänderung der §§ 31 und 32 der Gemeindevahlordnung. Ueber eine Petition einiger Wähler von Triola um Abänderung der Landes- und Landtagewahlordnung, damit eine regelmäßige Wahl nicht annulliert werden könne, wird zur Tagesordnung übergegangen. Die Voranschläge für den Landes- und Pensionsfonds pro 1873 werden genehmigt.

Dalmatien. In der gestrigen Sitzung wurde der Antrag des Abgeordneten Bujanov wegen Besürwor-

tung einer Congrua-Erhöhung für den Curatlerus bei der Regierung, angenommen, desgleichen der Gesetzentwurf über die Erbsteuer zu Gunsten des Pensionsfonds für Volksschullehrer, sowie der Voranschlag für 1873 genehmigt.

Die Ministerkrise in Ungarn

hat schnelle Lösung erfahren: Joseph von Szlavay, bisher königlich-ungarischer Handelsminister, wurde zum Präsidenten des königlich-ungarischen Ministeriums ernannt und mit der Bildung eines neuen Cabinets betraut.

Die „Pr.“ erhielt aus Pest unterm 2. d. nachstehende Correspondenz:

„Heute vormittags 10 Uhr wurde Graf Lonyay von Sr. Majestät empfangen. Die Aufnahme war, wie man sich versichert, sehr huldvoll. Der Graf besaß noch immer das Vertrauen der Krone, die durch die Annahme des ihm überreichten Demissionsgesuchs der Minister nur einen neuen Beweis von correct constitutioneller Gesinnung lieferte. Se. Majestät entläßt ein Ministerium, das dem eigenen Geständnisse zufolge, „insgesammt und einzeln das Vertrauen der Reichstagsmajorität verloren hatte.“ Graf Lonyay gab bei dieser Gelegenheit zugleich seinem festen Entschlusse, sich ganz zurückziehen zu wollen, Ausdruck und lehnte so zum voraus jede neue Uebertragung der Minister-Präsidenschaft ab. Es liegt die Annahme nicht ferne, daß Se. Majestät über des Grafen Nachfolger seine Ansicht hören wollte, daß Lonyay (im Einverständnisse mit F. Deak) auf den bisherigen Handelsminister Szlavay hinwies. Herr v. Szlavay besitzt wohl schon jenes Allerhöchste Handschreiben, das ihn zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannt. Ueber die künftigen Mitglieder des neuen Cabinets gehen verschiedene Gerüchte; das Wahrscheinlichste dürfte sein, daß die Mehrzahl der bisherigen Minister im Amte verbleiben, selbst Herr v. Tisza. Soeben verließen die Minister den bisherigen Minister-Präsidenten, bei dem sie sich verabschiedet haben.“

Die „Tages-Presse“ charakterisiert den neuen Ministerpräsidenten und das neue Ministerium Szlavay mit folgenden Worten: „Dem Manne, welcher nach ihm an die Spitze der ungarischen Regierung tritt, kommt die öffentliche Meinung auf das wohlwollendste entgegen. Der bisherige Handelsminister von Szlavay bringt in seine neue Stellung den fadenlosen Ruf eines ehrlichen, pflichtgetreuen und eifrigen Beamten mit. Die reinen Hände, nach denen man so oft geschrien hat, wird dem jetzigen Premier niemand streitig machen. Ueber die politische Capacität Szlavay's läßt sich aus seinen Antecedentien kein sicheres Urtheil fällen. Daß er sein Amt im Sinne der Deakpartei verwalten und die Traditionen ihrer Politik fortsetzen wird, versteht sich von selbst. Trotzdem kann man sich wohl nicht verhehlen, daß das Ministerium Szlavay für den Augenblick einen nur provisorischen Charakter zu haben scheint. Wir wollen hoffen, daß es sich recht bald zu einem definitiven Cabinet consolidiert, was umso leichter geschehen kann, als der Chef der ungarischen Regierung, so lange die Deakpartei im Lande herrscht, nicht gerade eine Persönlichkeit sein muß, welche durch glänzende politische Talente imponiert. Schon die Einigkeit und das gegenseitige Vertrauen, welches alle Glieder der neuen Regierung verbindet, macht ihre Position kräftig, und wenn nicht außerordentliche Störungen eintreten, so wird vielleicht gerade die schlichte Firma, unter welcher das Cabinet Szlavay vor das Land tritt, zur Beruhigung der Gemüther beitragen. In gewissen Zeiten ist es ein

Aber ein eigenthümlicher sinniger Ernst war über das junge Mädchen gekommen, die Geheimrätin konnte sie gar nicht begreifen. Sonst war Lenore voll Heiterkeit, Frohsinn und guter Laune, jetzt immer still, in sich gekehrt und ernst, selten sah man noch das helle, frische, sonnige Lachen in ihrem Antlitz auftauchen, um dann gewiß wieder schnell genug zu verschwinden.

Der Geheimrätin war diese Veränderung in Lenorens Wesen durchaus nicht recht, sie liebte, das kindliche, sorglose, ewig heitere Geschöpf gerade um dieser Eigenschaften willen und entbehrte den Sonnenschein, den es seither um sich verbreitet, schmerzlich, aber sie war klug genug, Lenore nicht durch vorzeitige Fragen auf etwas aufmerksam zu machen, was vielleicht nicht einmal in Wirklichkeit vorhanden war, und hoffte heimlich, daß mit dem eintretenden Frühling sich auch Lenorens Traurigkeit verlieren würde.

In der That, die wiedererwachende Natur übte sichtlich einen wohlthätigen Einfluß auf Lenorens Körper und Geist aus. Ihre Wangen rötheten sich mehr und mehr und auch die alte Lebendigkeit schien zurückzukehren. Wieder eilte sie mit leichten, elastischen Schritten durch den Garten und einem weniger scharfen Beobachter würde die stetige Unruhe des jungen Mädchens entgangen sein.

Nicht so der Geheimrätin. Mit wachsender Unruhe bemerkte sie das gänzlich veränderte Wesen des Kindes, und es bedurfte von ihrer Seite großer Anstrengungen, ihre Sorgen zu verbergen, um so mehr da sie nirgends eine Ursache der Verstimmung im Wesen ihrer Nichte entdecken konnte.

Eines Abends sah sie Lenore wieder allein im Garten auf- und niederwandeln. Das Gesicht war ernst und auch nicht die leiseste Spur mehr von dem leichten, elastischen Wesen, welches ehemals ihre zierliche Gestalt kennzeichnete. Sie ging, den Blick zu Boden gesenkt, ohne auch nur ein einziges Mal das Auge zu erheben und auf die mannigfachen Naturschönheiten zu werfen, die sich ihr ringsum in herrlicher Fülle boten. Kopfschüttelnd trat die Geheimrätin vom Fenster zurück, aber zugleich auch entschlossen, nun nicht mehr mit Fragen zu zögern, sondern Lenore nach der Ursache ihres Kummers zu fragen.

Lenore ahnte wohl wenig, wie sie beobachtet wurde, fühlte sie selbst doch durchaus nichts von einer Veränderung, welche mit ihr vorgegangen war. Sie wußte nicht, daß irgend etwas sie bedrückte, und doch lag es oftmals zentnerschwer auf ihrem Herzen, doch fühlte sie, daß alles Glück, alle Lebensfreude unendlich von ihr gewichen war. Und seit wann? Es wäre Lenore nicht schwer geworden, den Zeitpunkt zu bestimmen, wenn sie ernstlich darüber nachgedacht hätte, aber sie wollte nicht daran denken, sondern suchte sich selbst über die Ursache zu täuschen, wenn auch zu solchen Zeiten ihre Wangen wohl höher aufblühten und sie sich mehr umso, als fürchte sie, ihre tiefinnersten Gedanken zu verrathen.

Anspruch vermied es Lenore, sich der Grenze des nachbarlichen Gartens zu nähern, selten betrat ihr Fuß noch den Park, in welchem sie einst so gern gewandelt, und voll Entsetzen floh sie davon, wenn sie jemals zufällig der Tannehecke zu nahe gekommen war.

Auch am heutigen Abend lenkte Lenore ihre Schritte, in tiefen Gedanken verloren, unbewußt weiter, als sie beabsichtigt. Im Park hatte sich der Frühling noch nicht zur vollen Pracht entfaltet, die uralten Baumstämme begannen allmählig sich aus dem langen Winterschlafe aufzuraffen und das farbige Sommerkleid anzulegen, während der angrenzende Nachbargarten im prächtigsten Blumenflor prangte.

Sinnend stand Lenore an derselben Stelle, wo sie damals im Herbst von dem Freiherrn von Werden überfallen worden war. Lebhaft trat jene Scene wieder vor ihre Seele, sie erinnerte sich plötzlich mit verdoppelter Genauigkeit jedes Wortes, welches zwischen ihnen gewechselt worden war. Sie sah ihn vor sich stehen, so stolz, so ernst, so schön, mit dem freudlichen Blick seiner dunklen Augen. Dittmals schon war er so wieder vor ihr aufgetaucht, aber sie hatte das Bild nicht sehen wollen, paßte es doch so schlecht zu dem Rahmen, den die Welt um ihn gezogen. Nicht zum ersten male dachte Lenore daran, ob es recht oder unrecht sei, einen Menschen so nach dem Scheine zu beurtheilen, aber der Schein sprach zu deutlich gegen ihn, insbesondere wenn sie sich der Worte erinnerte, die jene schöne, blasse Unbekannte, die er wie eine Gefangene hielt, zu ihm gesprochen.

Lenore begriff selbst nicht, warum das Räthsel, das den Mann umgab, sie so fortmarkierte, und doch wußte sie, daß es bei ihr der Fall war, daß sie Jahre ihres Lebens darum gegeben hätte, den Schleier zu lüften, der den Freiherrn umgab.

(Fortsetzung folgt.)

Vortheil, keinen herausfordernden Namen zu tragen. Jedenfalls darf Ungarn mit der Lösung, welche die Krisis gefunden, zufrieden sein.

Politische Uebersicht.

Laibach, 4. Dezember.

Der Telegraph bringt uns aus Ungarn folgende neueste Nachrichten: Bis auf den Minister für Communicationen Ludwig Tisza bleiben sämtliche Minister auf ihren Posten unter Szlavy's Präsidium. Die Besetzung des Landesvertheidigungs- und Communicationsportefeuilles ist noch unbestimmt. Der Gouverneur von Fiume Graf Joseph Zich wurde gestern telegraphisch hierher berufen wegen Annahme des Portefeuilles des Handelsministeriums. Szlavy wurde nach der Audienz beim König von Deak empfangen. Der „Pester Lloyd“ behauptet, daß auch Tisza im Ministerium verbleibe. — Für die gemeinsame Commission, welche in Angelegenheit der Bankfrage zusammentreten soll (die Beratungen werden einstweilen ausschließlich zwischen den beiden Regierungen geführt), sind von Seite des ungarischen Finanzministers die Sectionsräthe Erdöy und Köstinger designiert; doch hat ihre Abreise nach Wien infolge der mittlerweile eingetretenen Ministerkrise einen Aufschub erlitten. Die Ernennung des neuen Ministeriums dürfte erst in einigen Tagen erfolgen, bis die Frage der Besetzung des Honved-Ministeriums entschieden ist. Tisza bleibt Communicationsminister.

Alle Blätter besprechen den Rücktritt des Grafen Pongrácz und die Ernennung Szlavy's. Der „Pester Lloyd“ sieht in der Aenderung im Cabinet keine politische, sondern nur eine persönliche Frage gelöst. Erstere war gar nicht vorhanden; Szlavy wurde auch ganz ohne Programm designiert. Die Deakpartei hat aber durch diese Aenderung nichts verloren. Der „Ung. Lloyd“ erblickt den Fehler des Grafen Pongrácz darin, daß er die Uneinigkeit im Innern des Ministeriums nicht gleich zu Beginn beilegte. „Pesti Naplo“ sagt: Die Krise hat ihren Ursprung im Cabinet, nicht im Parlament. „Magyar Politika“ spricht sich in ähnlicher Weise aus. Die Deakpartei habe gar keine positive Rolle gespielt und auch keine Niederlage erlitten. „Reform“ verweist auf die großartigen Pläne Pongrácz's, die er nicht durchführen konnte, weil er im Ministerium einem Zwiespalte und in der Partei Haß und Mißtrauen begegnete. „Hon“ tröstet Pongrácz, daß er nicht alles allein verschuldet habe, und wünscht, seine großen Fähigkeiten sollen dem Lande nicht verloren gehen. „Ellenör“ verweist Szlavy der Sympathien der Opposition, welche aber nur durch gute Politik erhalten werden können. „Magyar Ujság“ sieht im Bleiben der Ressortminister ein Armuthszeugnis der Deak-Partei, die keine Capacitäten habe, um ein neues Ministerium zu bilden. — Bezüglich des Programms des Cabinet's Szlavy meint „Naplo“, daß in der laufenden Session ausschließlich finanzielle Fragen behandelt werden sollen, damit die Steuerreformgesetzgebung ehestmöglich an die Tagesordnung gelangen können. Die betreffenden Gesetzentwürfe seien durch den Finanzminister längst beendet.

Am 30. v. M. erfolgte in Berlin die Ernennung von 25 neuen Herrenhausmitgliedern; darunter befinden sich die Generale Herwarth, Steinmetz, Preucker, Holleben, Stosch, die Minister Freih. v. d. Goltz und Patow, ferner die Diplomaten Balan, Wagners, Eichmann, der Generalauditor Fleck, der Oberpräsident Barteleben, die Unterstaatssekretäre Sulzer und Ritter, Präsident Friedberg, Obersteuerrath Schubmann, Ministerialdirector Philippborn, Bankpräsident Wend, Seehandlungspräsident Günther, Gerichtspräsident Henrici, Generalstaatsanwalt Weber und Polizeidirector Stephan. Die übrigen gehören dem Stande der Großgrundbesitzer an.

In den parlamentarischen Kreisen Frankreichs wird eine theilweise vorzunehmende Erneuerung der Nationalversammlung als das einzige Mittel betrachtet, die Krise zu beschwören. — Die Nationalversammlung nahm mehrere Artikel des Budgets an. Die Debatte verlief ohne Zwischenfall.

In einer langen Conferenz mit dem Großvezier hat der Sultan seine volle Zufriedenheit mit der Geschäftsführung Khalil Paschas und des ganzen übrigen Cabinet's ausgedrückt.

Der Schatzsecretär der Vereinigten Staaten Nordamerikas, Herr Boutwell, berechnet die Einnahmen des laufenden Finanzjahres mit 274 Millionen und die Ausgaben mit 270 Millionen. Die Staatsschuld wurde um 100 Millionen reducirt. Im November hat sich die Staatsschuld um 1,217 500 vermindert. Im Staatschatz befinden sich 68,625,000 in Gold und 10,125 000 in Papiergeld.

Kronprinz Rudolf-Bahn.

Am 3. d. fand die Generalversammlung der Actionäre der Kronprinz Rudolf-Bahn in Wien statt. Der Bericht des Verwaltungsrathes liefert im ganzen ein sehr günstiges Bild der gegenwärtigen Situation dieser Bahn: Durch die Eröffnung der Strecken Weyer-Rottenmann und Kleinreifling-Amstetten ist das Netz der Rudolf-Bahn, für welches im Jahre 1866 die Concession erteilt wurde, vollendet und beträgt die Gesamtlänge

der jetzt im Betriebe stehenden Bahnen 78 Meilen. Demnächst wird auch die im Vorjahre erworbene Linie Hieslau-Eisenerz dem Verkehre übergeben werden. Die Bauten auf der Linie Villach-Tarvis machen die erfreulichsten Fortschritte. Mit Zustimmung der Staatsverwaltung wurde das Anlagecapital der Strecke Kleinreifling-Amstetten mit 11,632,100 fl., jenes der Strecke Hieslau-Eisenerz mit 1,966 500 fl. und jenes der Strecke Villach-Tarvis mit 5,125 200 fl. präliminirt. Wenn nun auch von allen jenen Linien, für welche die Kronprinz Rudolf-Bahn die Concession bereits besitzt, nur mehr die beiden kurzen Strecken Hieslau-Eisenerz und Villach-Tarvis im Baue begriffen sind, von denen die erstere demnächst, die letztere im Laufe des kommenden Jahres dem Betriebe übergeben werden wird, so konnte doch der Verwaltungsrath selbstverständlich hiemit seine Thätigkeit nicht für abgeschlossen betrachten. Es ist die Frage des Ausbaues der Kronprinz Rudolf-Bahn im Sinne der Concessionsurkunde vom 11. November 1866, die vollständige Durchführung der bei der Schaffung der Kronprinz Rudolf-Bahn festgehaltenen Idee, welche noch unerledigt vorliegt. Der Verwaltungsrath bedauert, daß er in dieser Beziehung nicht in der Lage ist, schon jetzt auf Erfolge seiner Thätigkeit hinzuweisen. Die südliche Fortsetzung nach Triest anhebend, ist es aus den Verhandlungen des Reichsrath's bekannt, daß die Regierung eine Gesetzesvorlage behufs des Baues der Fortsetzung der Rudolf-Bahn von Tarvis über den Predil nach Görz in der Richtung nach Triest einbrachte, daß es jedoch hierüber wegen der gegen die von der Regierung gewählte Trasse erhobenen gewichtigen Bedenken im Reichsrathe zu keiner Beschlußfassung kam. Der Verwaltungsrath bedauert diesen neuerlichen Aufschub auf das lebhafteste, er hat die Dringlichkeit des endlichen Ausbaues der Kronprinz Rudolf-Bahn bis zum adriatischen Meere an maßgebender Stelle stets betont und wird auch fernerhin nicht unterlassen, seine Bemühungen fortzusetzen. Näher der Verwirklichung als diese Linie nach Triest steht der gleichfalls in der Concessionsurkunde in Aussicht genommene Anschluß an die oberitalienischen Bahnen bei Pontebba. Nachdem, wie bekannt, der Bau der Bahn auf italienischem Gebiete von Udine bis Pontebba und hiemit auch die Ausführung der auf österreichisches Gebiet fallenden Strecke Pontebba-Tarvis zufolge der von der österreichischen Regierung im Staatsvertrage vom Jahre 1866 übernommenen Verpflichtung sichergestellt ist, so wird die Verwaltung die Durchführung der betreffenden Concessionsbestimmung veranlassen, wodurch das ursprünglich im Auge gehabte Ziel, nämlich nicht bloß die kürzeste Verbindung zwischen Innerösterreich und den nördlich der Donau gelegenen Ländern mit Italien hergestellt, sondern insbesondere auch die Entfernung zwischen Wien und Venedig um 18 Meilen abgekürzt wird. Auch in anderer Richtung war der Verwaltungsrath auf die Vollständigung des Netzes der Kronprinz Rudolf-Bahn bedacht. Von der Erwägung nämlich geleitet, daß der directe Anschluß der Kronprinz Rudolf-Bahn an einen Punkt der westlichen Reichsgrenze im hohen Grade geeignet ist, die Selbstständigkeit und damit die Ertragsfähigkeit des Unternehmens zu heben, theilte sich der Verwaltungsrath an der von der Regierung ausgeschriebenen Concurrenzverhandlung für den Bau und die Geldbeschaffung der auf Grund des Gesetzes vom 10ten April 1872 herzustellenden, aus Obersteiermark nach Südtirol und Salzburg führenden Bahn. Leider ist diesen auf die Erwerbung dieser Bahn gerichteten Bestrebungen nicht der gewünschte Erfolg zutheil geworden. Die diesbezüglichen Offerte erliefen, wie der Bericht des Verwaltungsrathes hervorhebt, mehrfach eine absprechende Beurtheilung. Der Verwaltungsrath betont dem gegenüber den Umstand, daß sowohl der Bau als auch die Geldbeschaffung durch Präliminarvereinbarungen mit vertrauenswürdigem Unternehmungen vollständig sichergestellt war, wohl ein Beweis, daß die Offerte der Sache entsprechend waren. Der Verwaltungsrath entschuldigt schließlich die verspätete Einberufung der Generalversammlung, mit der nur deshalb so lange gewartet wurde, um den Actionären ein definitives Resultat vorlegen zu können.

Tagesneuigkeiten.

— (Personalnachrichten.) Se. Excellenz der Herr Minister Dr. v. Streinow ist am 2. d. von Wien in Graz angekommen. — „Daily Telegraph“ meldet in einem Schreiben von Berlin, 28. November, daß der Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck in hohen Kreisen Besorgnis erregt; ernste Gerüchte circulieren hierüber seit einigen Tagen; gewiß sei nur, daß der Fürst vor dem Frühjahr seine Geschäfte nicht wieder aufnehmen werde. — Dr. Johann Kopisch, k. k. Regierungsrath und emeritierter Professor, ist am 3. d. in hohem Alter in Graz gestorben.

— (Das Maria-Theresia-Monument) wurde am 2. d. in Gegenwart des Künstlers Herrn Pönniger, des Erbauers des Sockels Herrn Vogler und des Baumeisters Herrn Bierbaum gehoben und aufgestellt. Die Arbeit ging ohne Schaden für die Statue und den Sockel von statten. Das Monument wird nun über den Winter durch eine Bretterverschalung geschützt. Die Enthüllung erfolgt im Frühjahr; als ein passender Tag für die Feier wird der 18. Mai, der Geburtstag der großen Kaiserin empfohlen.

— (Frühlingswetter) herrscht seit mehreren Tagen in Wien. Die Vegetation beginnt von neuem; im Prater sind die Knospen vieler Bäume schon bedeutend angeschwollen, aus dem dünnen Laube drängt das dünne Gras hervor; bei den Märzhaueveichen haben sich bereits frische Knospen angefügt.

Locales.

Krainischer Landtag.

XI. Sitzung.

Laibach, 4. Dezember.

Landeshauptmann Dr. v. Kaltenegger eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Minuten vormittags. Das hohe Haus ist beschlußfähig.

Als Vertreter der kaiserlichen Regierung anwesend: die Herren k. k. Landespräsident Alexander Graf Auerstperg und k. k. Regierungsrath Hočvar.

Das Protokoll über die achte Landtagsitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Abg. Dr. Razlag übergibt das Gesuch der in Agram studierenden Sloonen um eine Unterstützung aus Landesmitteln; — wird dem Finanzausschusse zugewiesen.

Abg. B. Supan übergibt ein Gesuch, betreffend die Berücksichtigung des Lader-Bahnprojectes von Seite des hohen Landtages; — wird im Hinblick, als dieses Gesuch die materiellen Interessen des Landes betrifft, dem Finanzausschusse zugewiesen.

Abg. Dr. R. v. Savinschegg übergibt das Gesuch des krainischen Aushilfsbeamten- und Kranken-Unterstützungsvereines um eine Unterstützung; — wird dem Finanzausschusse zugewiesen.

Der Herr k. k. Landespräsident wird die heute eingebrachte Interpellation, betreffend die Ueberbrückung des Kulpaflusses bei Weinitz und Gruble, in einer der nächsten Sitzungen beantworten.

Abg. Dr. Bleiweis und 18 Genossen beantragen eine Adresse an Se. Majestät den Kaiser. Diese Adresse stützt sich auf die bereits in den früheren Jahren überreichten Majestätsadressen, spricht über das Scheitern der Ausgleichsversuche ihr Bedauern aus, ist von der innigsten Ueberzeugung durchdrungen, daß der gnädigste Monarch den Frieden aller seiner Völker begründen will. Durch den Ausgleich hätte die Wohlfahrt des Reiches und der Länder einen bedeutenden Aufschwung erfahren; Se. Majestät geruhen die neuerliche Versicherung der Treue des Herzogthums Krain huldreichst entgegenzunehmen. Die Adresse macht aufmerksam, daß die neuen Schulgesetze den nationalen und religiösen Interessen des Landes immerhin Rechnung tragen; nur muß der Befürchtung Raum gegeben werden, daß sich entgegengesetzte Bestrebungen geltend machen werden. Die Adresse kann die Ernennung des Realchuldirectors Dr. Michal zum Mitgliede des krainischen Landeschulrathes nicht billigen, nachdem der Vorgang dem § 35 des L. G. vom 25ten Februar 1870, 11. widerspricht. Die Adresse drückt das Bedauern aus, daß die Gleichberechtigung in Schule und Amt abgelehnt wird und nur von der Regierung abhängt. Die im Zuge befindliche Grundsteuerregulierung dürfte wegen der dem Gezeire anhängenden Mängel dem bereits überbürdeten Lande Krain die angehoffte Steuererleichterung nicht bringen. Die Regelung des eigenen Hausstandes sei ein dringend notwendiges Bedürfnis, welchem nur durch eine nicht rückzahlbare Reichssubvention abgeholfen werden könnte. Die Adresse bekämpft die directen Wahlen und schließt mit dem patriotischen Appell an den kaiserlichen Thron.

Der Herr k. k. Landespräsident beantwortet die in der Sitzung vom 25. v. M. vom Abg. Dr. Suppan eingebrachte Interpellation, betreffend die angeblich strenge Steuereinkerbung im Bezirke Feistritz dahin, daß die dortigen Anwohner infolge des im Jahre 1871 erlittenen Mißwachses beim h. l. und l. österr. Finanzministerium um einen Steuernachlaß pro 1872 ange sucht haben; hierüber ist die Entscheidung erfolgt, daß ein Steuernachlaß im allgemeinen nicht stattfinden, über specieller Gesuche aber Erleichterungen gewährt werden können. Derlei Einzelgesuche wurden weder bei der politischen Behörde noch bei der Finanzdirection überreicht. Mobilartexecutionen fanden, wie alljährlich, jedoch heuer nur zwei statt. Futtervorräthe wurden nur in jenen Fällen in Execution gezogen, wenn kein Vieh vorhanden war. Mit der in der Interpellation geschilderten Härte wurde nicht vorgegangen, den Steuerrestanten werden jederzeit Erleichterungen zu gestanden. Eine vollständige Einstellung der Execution erscheint nicht angezeigt, nachdem sich die betreffenden Wirthschaftsbesitzer heuer einer ergiebigen Ernte zu erfreuen hatten.

Der Finanzausschuss hält morgen Sitzung. Hiernach wird zur Tagesordnung geschritten. Erster Punkt. Abg. Dr. Polskar begründet seinen Antrag auf Erlassung einer Resolution zugunsten der Lader- und gegen die Predil-Eisenbahnlinie. Redner betont: dem Lader-Projecte sei aus nationalökonomischen Rücksichten, im Hinblick auf Industrie, Handel und Gewerbe, der Vorzug vor dem Predilprojecte einzuräumen. Die Linie Laibach-Triest durchzieht die fruchtbaren und industriellen Bezirke Krains, verbindet die productiven Ortschaften des Wippach-, Pölland- und Kanter-Thales, bildet den kürzesten Weg zwischen Prag und Triest; die

